

## "Starke Verärgerung über de Gaulle" in Süddeutsche Zeitung (16. Januar 1963)

**Quelle:** Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Dürrmeier, Hans ; R Herausgeber Proebst, Herman. 16.01.1963, Nr. 14; 19. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

**Urheberrecht:** (c) Süddeutsche Zeitung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"starke\\_verargerung\\_uber\\_de\\_gaulle"\\_in\\_suddeutsche\\_zeitung\\_16\\_januar\\_1963-de-297e92f6-1639-4ccd-a48f-5fde7be3b7e6.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 15/09/2012

## Starke Verärgerung über de Gaulle

### In Brüssel gerät Frankreich in Isolierung

#### Die fünf EWG-Partner bleiben entschlossen, Englands Aufnahme auch gegen de Gaulles Willen durchzusetzen

Von unserem Korrespondenten E. G. Paulus

Brüssel, 15. Januar – Die EWG-Partner Frankreichs sind trotz der Absage Staatspräsident de Gaulles an eine Vollmitgliedschaft Londons im Gemeinsamen Europäischen Markt entschlossen, die Verhandlungen über den britischen Beitritt zum erfolgreichen Abschluß zu bringen. Kurz vor Beginn der Sitzung des Ministerrats mit dem britischen Verhandlungsführer Heath in Brüssel gaben die einzelnen Delegationen am Dienstag Erklärungen ab, die de Gaulles Argumente gegen eine Aufnahme Großbritanniens Punkt für Punkt zerpfückten und die Notwendigkeit einer vollen britischen Mitarbeit und Verantwortung an dem europäischen Einigungswerk unterstrichen.

Für die Bonner Delegation gab Außenminister Schröder eine Erklärung ab, in der es heißt, der deutsche Standpunkt sei unverändert. Aus öfter dargelegten politischen und wirtschaftlichen Gründen sei es wünschenswert, daß England Vollmitglied der EWG werde. Nach deutscher Auffassung ließen sich in allen noch offenen Fragen bei allseitig gutem Willen Kompromisse erzielen. Auf die Behauptungen eingehend, die de Gaulle aufstellte, wurden diese von der deutschen Seite folgendermaßen korrigiert:

1. Habe Großbritannien schon bei Beginn der Verhandlungen den gemeinsamen Außenzolltarif der EWG ohne Einschränkungen angenommen und werde bei seinem Beitritt die von den Sechs inzwischen vorgenommenen Zollmaßnahmen in einem Zuge sofort nachholen, was nach dem Vertrag von Rom nicht nötig gewesen wäre. England habe auf Commonwealth-Präferenzen verzichtet und begnüge sich mit Übergangsmaßnahmen.
2. Großbritannien habe sowohl die landwirtschaftlichen Bestimmungen, die in dem Vertrag von Rom festgesetzt sind, wie auch die Agrarbeschlüsse der Gemeinschaft angenommen und verlange nur Erleichterungen für die Übergangszeit. Während der Übergangszeit weiche aber auch die Agrarpolitik der sechs EWG-Mitgliedstaaten noch wesentlich voneinander ab.
3. Großbritannien habe erklärt, daß seine Beziehungen zu den EFTA-Staaten mit dem Tage des englischen Beitritts zur EWG ein Ende fänden.

Außerdem sei festzustellen, daß die Assoziierung für einen so wichtigen Partner wie Großbritannien keine Lösung darstelle. Nur als Vollmitglied der EWG könne England an den politischen Zielen der Gemeinschaft mitarbeiten. Die deutsche Delegation verweist in ihrer Erklärung auch auf den Artikel 237 des Vertrages von Rom und auf die Präambel des Vertrages, in dem ausdrücklich festgestellt ist, daß es allen europäischen Staaten freisteht, sich um die Vollmitgliedschaft zur EWG zu bewerben.

Außenminister Spaak sagte, diese Erklärung Schröders halte er für besonders bedeutsam. Seinerseits erklärte er, daß die belgische Regierung die Verantwortung für eine Politik der Hartnäckigkeit, wie sie der französische Staatschef England gegenüber anwenden wolle, nicht übernehmen könne. Auch Frankreich gegenüber, das 1956 einen vollen Wirtschaftsprotektionismus gehabt habe, während die anderen EWG-Partner eine freihändlerische Politik betrieben hätten, hätten die fünf anderen EWG-Partner die größten Rücksichten genommen. Eine Reihe von Ausnahmen und Sonderregelungen sei Frankreich zugestanden worden. Die Schwierigkeiten, welche Frankreichs Partner bei Abschluß des EWG-Vertrages mit Frankreich gehabt hätten, seien mindestens so groß gewesen wie die Schwierigkeiten, die man in den Verhandlungen mit England habe. England könne geradesogut zu Commonwealth-Staaten Sonderverbindungen haben wie man Frankreich Sonderverbindungen zu den afrikanischen Staaten zugebilligt habe.

Ob es nötig sei, daß einzelne EWG-Partner unter sich in diesen Verhandlungen Abstimmungen vornähmen

und danach vorgingen, das werde sich im Verlauf der Verhandlungen zeigen, fuhr Spaak fort. Auf jeden Fall erachte es die belgische Regierung als eine unbedingte Notwendigkeit, daß diese Verhandlungswoche mit positiven Ergebnissen beendet werde.

Der holländische Außenminister Luns erklärte, die holländische Regierung stimme mit der Erklärung Spaaks voll überein. Ein Sprecher der italienischen Delegation hob ebenfalls die Notwendigkeit einer Fortsetzung der Verhandlungen mit Großbritannien hervor und meinte unter Anspielung auf de Gaulles Pressekonferenz vom Vortage, derartige Äußerungen seien für die Sechser-Gemeinschaft nicht bindend.

Die Äußerungen de Gaulles hatten bei der EWG-Konferenz in Brüssel Enttäuschung und Bestürzung hervorgerufen. Man wußte zwar, daß de Gaulle an einem positiven Ergebnis der England-Verhandlungen nicht viel Interesse hat, man hatte aber doch nicht erwartet, daß er, wie ein Benelux-Diplomat sagte, „mit einer so zynischen Brutalität“ die Engländer abweisen, und mit der Offerte, daß sie sich assoziieren könnten, in die „Gesindestube“ verweisen würde.

Lordsiegelbewahrer Heath hat aber bereits erklärt, für eine Assoziierung sei keine Verhandlungsgrundlage gegeben. An einer Assoziierung an die EWG sei England nicht interessiert.

Das Ergebnis der Haltung de Gaulles besteht darin, daß sich in Brüssel ein gemeinsamer Widerstand zeigt, der Frankreich zu isolieren drohe. Wenn Spaak erklärte, die Übergangszeit müsse auf den 1. Januar 1970 begrenzt werden, aber während der Übergangszeit sollte man England weitgehend entgegenkommen, zeigt sich damit schon, in welcher Richtung die Fünf gehen wollen, um zu einem Kompromiß zu gelangen. Frankreich wird in den nächsten Tagen zeigen müssen, inwieweit es bereit ist, sich an den Zugeständnissen zu beteiligen, die seine Partner England machen wollen.